

UNIWEITE STUDENTISCHE

# URABSTIMMUNG

12. - 14. Mai 2009



**JA ZUR  
GEBÜHREN-  
FREIHEIT!!**

Bitte Studierendenausweis zur Abstimmung an den Urnen mitbringen!

# Ja zur Studiengebührenfreiheit!

Urabstimmung vom 12. bis 14. Mai 2009

Der Wissenschaftsstaatsrat Reinert (CDU) hat Anfang des Jahres im über die Erhebung sogenannten nachgelagerten Studiengebühren behauptet: *„Für uns ist das Zeichen, dass viele die Gebühren sofort bezahlen, auch ein Beleg, dass Studiengebühren akzeptiert werden.“* Die Fachschaftsrätekonferenz (FSRK) ist überzeugt davon, daß die Studiengebühren nach wie vor falsch und von den Studierenden weiterhin nicht akzeptiert sind. Eine Urabstimmung soll unter anderem dies belegen.

Auf Initiative der Fachschaftsräte hat die studentische Vollversammlung am 28. April 2009 insbesondere die Forderungen nach sofortiger Abschaffung sämtlicher Studiengebühren bekräftigt und eine Urabstimmung in der Zeit vom 12. bis 14. Mai 2009 beschlossen. Die zur Entscheidung stehende Frage lautet:

## **Bist Du für die Gebührenfreiheit des Studiums?**

[ ] Ja, ich bin für die Gebührenfreiheit des Studiums.

[ ] Nein, ich bin für die Beibehaltung von Studiengebühren.

Zuletzt wurde im Mai 2005 eine Urabstimmung über Studiengebühren durchgeführt, an der sich 13.196 Studierende beteiligten. Von denen stimmten 12.467 (94,5%) mit „Ja zur Gebührenfreiheit!“ ab.

Diese Broschüre dient der Meinungsbildung zur Fragestellung. Fachschaftsrätekonferenz (FSRK) und Allgemeiner Studierendenausschuß (AStA) argumentieren in der einen Hälfte der Broschüre für die Studiengebührenfreiheit. In der anderen Hälfte findet man die Statements für Studiengebühren von der Präsidentin der Universität sowie der Behörde für Wissenschaft und Forschung.

An der Urabstimmung können sich alle Studierenden der Universität Hamburg an den festen Urnen auf dem Campus und in den Außenfachbereichen sowie an den „fliegenden“ Urnen beteiligen. Dazu müßt Ihr wie bei der Urnenwahl zum Studierendenparlament Euren Studierendenausweis vorlegen, der gekennzeichnet wird und Ihr erhaltet dann die Abstimmungsunterlagen. Bitte beteiligt Euch am Offenhalten der Urnen und übernehmt Verantwortung für eine möglichst hohe Abstimmungsbeteiligung.

Alle nötigen Infos findet Ihr unter [www.gebuehrenboykott.de](http://www.gebuehrenboykott.de).

# Fachschafträtekonferenz (FSRK)

## **Gebührenfreiheit - Teil einer erfreulichen Zukunft für alle.**

### **Studiengebühren sind nicht das Ergebnis leerer Staatskassen.**

Das ist spätestens bekannt, seitdem die Mehrheit der Hamburger Bürgerschaft 13.000.000.000 Euro für die marode HSH-Nordbank zur Verfügung stellen kann.

Das schwarz-grüne Modell der „nachgelagerten Studiengebühren“ ist entsprechend nicht darauf ausgerichtet, den Hochschulen ernsthaft zusätzliches Geld zukommen zu lassen: den erwarteten, jährlich von den Studierenden zu zahlenden, 35 Millionen Euro Einnahmen stehen jedes Jahr 22 Millionen Euro Verwaltungs- und Zinsaufwand für den Staat gegenüber. Es bleiben gerade mal 13 Millionen Euro Mehreinnahmen für alle Hamburger Hochschulen - alleine im „Elbphilharmonie“-Kommerztempel stecken somit 35 Jahre Studiengebühren. Wofür aber dann hält die schwarz-grüne Koalition auf Teufel komm raus an den Studiengebühren fest?

### **Studiengebühren sollen Bildung und Wissenschaft der direkten wirtschaftlichen Verwertbarkeit anheim stellen.**

Mit der Entgeltspflichtigkeit des Studiums wird die wissenschaftliche Bildung zu einer käuflich zu ergatternden Ware degradiert. Studierende sollen ihren Erwerb als Investition in die eigene Karriere begreifen. Unter dem sozialen und ideologischen Druck der Gebühren soll in kürzester Zeit nur noch gelernt werden, womit sich „just in time“ als „Humankapital“ am besten auf dem Arbeitsmarkt verkauft werden kann. Die Studierenden sollen sich selber also nur noch als Ware begreifen. Jeder kritische Gesellschaftsbezug, jede langfristige Entwicklungsperspektive sei eigentätig aus dem Studium zu entfernen. Diese „Lenkungsfunktion“ (Ex-Wissenschaftssenator Jörg Dräger bei Einführung der Studiengebühren in Hamburg) will der aktuelle Senat mit den nachgelagerten Gebühren retten.

### **Studiengebühren wirken anti-demokratisch.**

Das Studium als käufliches Privileg darzustellen, ist auf die Beförderung von Egoismus und Ellenbogengesellschaft gerichtet. Statt wissenschaftliche Erkenntnisse und Bildung zum Allgemeingut zu machen, sollen sie als Konkurrenzvorteile gegen andere eingesetzt werden. Diese Leistungsnorm forciert Isolation und Angst vor „Versagen“, dekultiviert den Hochschulalltag und ist somit gegen die Solidarität gerichtet.

Die Hochschulen erscheinen zudem nur noch als „Dienstleistungsbetrieb“, dem die Studierenden als „Kunden“ gegenüber treten. Das Angebot-Nachfrage-Prinzip soll die kooperative Entwicklung von Wissenschaft in gemeinsamen Entscheidungsprozessen aller Hochschulmitglieder ersetzen.

### **Auch nachgelagerte Studiengebühren sind unsozial.**

Jede Verbindung von Bildungsmöglichkeiten mit der strukturell ungleichen privaten Einkommens- und Vermögensverteilung in der Gesellschaft führt zur Vertiefung entsprechender Ungleichheit in der Bildung. Daran ändert auch die teilweise zeitliche Verzögerung der Gebührenpflicht als „Nachlagerung“ nichts, weil die Aussicht auf Verschuldung für sozial und kulturell Benachteiligte stärker negative Bedeutung hat.

### **Gebührenfreiheit eröffnet erfreuliche Entwicklungsperspektiven.**

Gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten dürfen Bildung und Wissenschaft nicht mittels Studiengebühren ihres emanzipatorischen Potentials beraubt werden. Kritische Erkenntnis und persönliche Entfaltung der Menschen sind von wesentlicher Bedeutung zur Überwindung gesellschaftlicher Probleme. Gebührenfreiheit schafft Muße für eine solche emanzipatorische Bildung, befördert den gesellschaftlichen Nutzen der Wissenschaft, trägt zur Demokratisierung der Einrichtung und zu einer solidarischen Alltagskultur bei und ist eine notwendige Voraussetzung für die soziale Öffnung der Hochschulen.

**Daher: „Ja, ich bin für die Gebührenfreiheit des Studiums.“**



## **ALLGEMEINER STUDIERENDENAUSSCHUSS DER UNIVERSITÄT HAMBURG**

Die gewählte Interessenvertretung aller Studierenden.

# Studiengebühren nach wie vor falsch

Seit 2006 werden an der Universität Hamburg Studiengebühren erhoben. Von Anfang an hat sich der AstA gegen Studiengebühren ausgesprochen. Auch durch das neue Konzept der Nachgelagerten Gebühren hat sich nichts daran geändert, dass Studiengebühren falsch sind!

## **1. Studiengebühren sind unsozial.**

Nur ein Bruchteil der Kinder aus sozial schwächeren Familien finden den Weg ins Studium. Bei Familien mit einem höheren Einkommen sind es dagegen ca. zwei Drittel. Dieser Misstand wird durch die Erhebung von Studiengebühren weiter verschärft. Diese führen dazu, dass gerade diejenigen, die nicht aus einem finanziell starken Elternhaus kommen, die Nachlagerung in Anspruch nehmen müssen um ein Studium beginnen zu können. Dies kommt einem Kredit zur Studienfinanzierung gleich. Trotz der Zinsfreiheit haben viele vor einer hohen Verschuldung durch die „Campus Maut“ Angst und müssen sich die Frage stellen, wie die Gebühren nach dem Studium auf einen Schlag zurück gezahlt werden können, wie es das Gebührengesetz verlangt. Daher entscheiden sich viele schon im Vorfeld gegen ein Studium.

**Eine „geheime“ Studie des Bildungsministeriums belegt dies: Studiengebühren schrecken von der Aufnahme eines Studiums ab!**

**Besonders Studieninteressierte aus sozial schwächeren Familien sind davon betroffen. Es hat sich gezeigt, dass in Hamburg 7000 Studierende nach wie vor die Gebühren sofort zahlen, und wie vorhergesehen, Studierende nicht bereit sind, einen Kredit aufzunehmen.**

Der Druck sich, sich die Studienfinanzierung selber zu ermöglichen ist für Studierende und Studieninteressierte enorm.

Anstatt dem Erfordernis gerecht zu werden mehr Studieninteressierte und

letztlich Hochschulabsolventen zu gewinnen, wird mit Studiengebühren die Anzahl derer, die einen Hochschulabschluss machen wollen, weiter sinken.

## **2. Studiengebühren erzielen nicht den erdachten Zweck**

Studiengebühren sollen eigentlich nicht die finanzielle Grundversorgung der Universität ersetzen, sondern die Studienbedingungen verbessern.

Doch in vielen Fachbereichen geschieht das Gegenteil. Anstatt zusätzliche Vorlesungen oder Seminare anzubieten, werden immer wieder die bereits vorhandenen Lehrangebote durch Studiengebühren gehalten, die ohne die zusätzlichen Gelder von den Studierenden gestrichen werden müssten.

Die vermeintlichen Verbesserungen, die durch Studiengebühren geschaffen werden sollen, z.B. mehr Tutorien oder längere Öffnungszeiten der Bibliotheken wirken wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Um tatsächlich die Lehre, Forschung und Infrastruktur an der Universität zu verbessern und auszubauen, braucht es die längst überfällige, adäquate Finanzierung durch die Stadt und eine Beendigung der chronischen Unterfinanzierung der Uni. Durch kleine Verbesserungen in den einzelnen Fachbereichen durch Studiengebühren werden die wirklichen Probleme der Uni nicht gelöst und wird davon abgelenkt, wer in der Verantwortung steht die Uni zu finanzieren.

Nämlich die Stadt, nicht die Studierenden.

## **3. Nachgelagerte Studiengebühren sind unökonomisch**

Auch nachgelagerte Studiengebühren sind unsozial und ineffektiv. Zusätzlich kosten sie der Stadt mehr, als sie der Uni bringen werden. Denn die fehlenden Gelder der Studierenden, die tatsächlich stunden lassen, werden durch die Stadt ausgeglichen. Diese muss dafür aber einen verzinsten Kredit aufnehmen. Auf lange Sicht werden die entstehenden Zinseszinsen die Rückzahlungen der Studierenden nach dem Studium übersteigen, so dass zunächst ein Nullsummenspiel, dann ein Verlust für die Stadt entstehen wird. Aus ökonomischer Sicht ist dies unsinnig. Anstatt Gebühren zu erheben und dafür Zinskosten zu zahlen, sollte die Stadt direkt das Geld in die Universität investieren.

Das alles zeigt, dass Studiengebühren, ob nachgelagert oder nicht, unsozial, ineffektiv und diesem Fall auch unökonomisch sind. Studiengebühren sind keine geeignete Form der Hochschulfinanzierung. Es wird Zeit, dass auch die Studiengebührenbefürworter dies verstehen und über eine sozial verträgliche und sinnvolle Finanzierung der Uni sprechen.



## Die Universität Hamburg ist der Studienqualität verpflichtet

Unser Selbstverständnis orientiert sich an dem höchsten internationalen Bildungsniveau und ist geprägt durch einen besonderen Qualitätsanspruch in Forschung und Lehre. Die Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre sind für die Universität Hamburg unantastbare Grundlagen der wissenschaftlichen Arbeit.

Spitzenforschung, Wissenstransfer und eine Ausbildung auf Weltniveau sind nicht zum Nulltarif zu erlangen. Sie sind auch nicht auf Knopfdruck lieferbar, sondern erfordern neben permanenten intellektuellen Auseinandersetzungen und wissenschaftlichen Anstrengungen vor allem optimale finanzielle, organisatorische und räumliche Rahmenbedingungen. Diese sind nur durch ein verantwortungsbewusstes Miteinander aller gesellschaftlichen Kräfte zu leisten. Nur so kann die Universität Hamburg den Anschluss an die Spitzenuniversi-

täten der Welt schaffen und dauerhaft halten – zum Wohle und Nutzen der heutigen und zukünftigen Studierenden.

Studiengebühren sind nicht populär, aber notwendig und extrem hilfreich, um unsere Studierenden angemessen zu betreuen und zu unterstützen.

Zu Unrecht haftet den Gebühren immer noch ein wenig der Ruch einer sozialen Benachteiligung an, obgleich von vornherein ausgewogene, sozialverträgliche Bedingungen für Stundung, Rückzahlung und Aussetzung getroffen worden sind. Keiner wird überfordert und benachteiligt.

Die Studiengebühren in Höhe von 375 Euro pro Semester sind ein zusätzlicher und direkter Beitrag der Studierenden zur Verbesserung der konkreten Studienbedingungen. Die erbrachten Mittel sind absolut zweckgebunden und stehen für andere Dinge nicht zur Verfügung.

Die Vertreter der Studentenschaft sind in die Entscheidungsprozesse über Mittelverwendung und Ausgabenkontrolle verantwortlich eingebunden. Verantwortungsbewusste universitäre Selbstverwaltung wird hier vorbildlich praktiziert.



Freie und Hansestadt Hamburg  
Behörde für Wissenschaft und Forschung

## **Studiengebühren tragen zur Schaffung besserer Studienbedingungen bei und stärken die Hochschulausbildung**

Leistungsstarke Hochschulen sind entscheidend für Hamburgs Position als zukunftsfähige Metropole in der Wissensgesellschaft. Sie leisten einen wichtigen Beitrag dazu, talentierte junge Menschen für die Stadt zu interessieren und sie an Hamburg zu binden.

Zusätzlich Einnahmen aus Studiengebühren tragen dazu bei, dass die Hochschulen noch bessere Studienbedingungen schaffen können. Eine intensivere Betreuung (z.B. durch mehr Tutorien und kleinere Lerngruppen), eine bessere Infrastruktur (z.B. mit längeren Bibliotheksöffnungszeiten und mehr PC-Arbeitsplätzen) und eine verbesserte räumliche Ausstattung ermöglichen einen schnelleren und erfolgreicherem Studienabschluss.

Die Hamburgische Bürgerschaft hat deshalb die Studienfinanzierung neu gefasst. Seit 1. Oktober 2008 wird den Studierenden an den sechs staat-

lichen Hamburger Hochschulen ein in Deutschland einmaliges Modell zur Zahlung der Studiengebühren angeboten. Die einheitliche Studiengebühr pro Semester wurde von 500 auf 375 Euro reduziert und wird den Studierenden während des Studiums und bis zum individuellen Rückzahlungszeitpunkt zinsfrei gestundet.

Durch die grundsätzlich nachgelagerte Erhebung nach Beendigung des Studiums - gekoppelt an eine großzügige Einkommensgrenze - können alle Studierenden ohne finanziellen Druck ihr Studium beenden. Somit wird sichergestellt, dass die Studierenden die Gebühren erst dann zurückzahlen müssen, wenn sie dazu finanziell in der Lage sind.

Die Einnahmen aus den Studiengebühren kommen den Studierenden unmittelbar zugute. Studierende können an der Entscheidung über die Verwendung der Mittel angemessen mitwirken. Wer selbst einen Beitrag leistet, kann auch mehr Leistung verlangen.

Studiengebühren verdeutlichen somit den hohen Wert einer Hochschulausbildung. Mit ihrer Entrichtung leisten alle Studierenden einen zumutbaren und wichtigen Beitrag zur Finanzierung ihrer Ausbildung und sichern so ihre Chancen auf ein erfolgreiches Berufs- und Arbeitsleben.